



## Pressemitteilung

Pressereferat

der Landeshauptstadt Wiesbaden  
Schlossplatz 6 · 65183 Wiesbaden  
E-Mail: [pressereferat@wiesbaden.de](mailto:pressereferat@wiesbaden.de)  
<http://www.wiesbaden.de/presse>

29. Januar 2022

Homepage, Verkehr

### **Wiesbaden und Mainz kritisieren RMV-Preiserhöhung zum 1. Juli – 5er-Sammelkarte bleibt stabil**

In einer gemeinsamen Presseerklärung kritisieren die Städte Mainz und Wiesbaden die RMV-Preiserhöhung zum 1. Juli.

Die vom Aufsichtsrat des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) beschlossene außerordentliche Preiserhöhung für Bus- und Bahnfahrkarten von durchschnittlich 3,9 Prozent ab 1. Juli wird von Wiesbaden und Mainz kritisiert. „Das ist das völlig falsche Signal zur völlig falschen Zeit“, sagen der Wiesbadener Verkehrsdezernent Andreas Kowol und die Mainzer Verkehrsdezernentin Janina Steinkrüger, die auch jeweils Aufsichtsratsvorsitzende der beiden Verkehrsunternehmen ESWE-Verkehr und MVG sind. Der ÖPNV müsse nach der Corona-Pandemie erst einmal die verlorenen Fahrgäste zurückgewinnen. „Die Gefahr ist groß, dass mit dieser Preispolitik Fahrgastzahlen und Einnahmen sinken und so das Gegenteil erreicht wird.“

Der Aufsichtsrat des RMV hat in einer Sondersitzung am 27./28. Januar dieses Jahres eine außerordentliche Tarifierhöhung zum 1. Juli um durchschnittlich 3,9 Prozent beschlossen. Das ist die höchste Tarifsteigerung im ÖPNV seit mehr als zehn Jahren. Wiesbadens Verkehrsdezernent Kowol hat in der Sitzung gegen die Erhöhung votiert, seine Kollegin Steinkrüger ist aufgrund des Mainzer Sonderstatus‘ nicht stimmberechtigt. „Wir haben schlüssige Argumente vorgebracht, aber die Mehrheit der anderen Aufsichtsratsmitglieder hat leider für die Erhöhung votiert“, so Kowol. Als Teil des RMV

sind somit auch Wiesbaden und Mainz rechtlich verpflichtet, die Erhöhung umzusetzen.

Kurzfristig entstehen durch die zusätzliche Preiserhöhungsrunde bei den Verkehrsunternehmen sogar Mehrkosten, weil alle Systeme im Fahrkartenverkauf umgestellt werden müssen und mehr Kommunikation für die Fahrgäste notwendig ist.

„Ich kann nachvollziehen, dass insbesondere die Energiekosten gestiegen sind. Aber das ist jetzt die vierte Preiserhöhung innerhalb von zwei Jahren“, kritisiert Kowol. „Die ÖPNV-Preiserhöhung trifft besonders diejenigen Menschen hart, die sowieso schon jeden Euro umdrehen müssen. Diese Bevölkerungsgruppen, insbesondere Familien, Alleinerziehende und Rentner, sind schon von den aktuellen Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Mieten, Heizkosten und Strom überproportional belastet. Dies kann nicht im Interesse einer sozial ausgewogenen Politik sein.“

Es müsse aufhören, dass gestiegene Kosten allein den Städten und den Fahrgästen aufgebürdet würden. „Der Bund und die Länder stehen hier genauso in Verantwortung, und wir wünschen uns, dass sie dieser Verantwortung in Zukunft mehr gerecht werden“, so Steinkrüger und Kowol.

Da die Preiserhöhungen sehr ungleichmäßig erfolgen, wird auch die neue Preistabelle kritisiert. Der Preis der Einzelkarte für Erwachsene wird gemäß des RMV-Beschlusses in zwei Schritten von 2,90 Euro im Dezember auf 3,20 Euro im Juli gestiegen sein – das sind mehr als zehn Prozent Aufschlag. Das sei in der aktuellen Situation nicht zumutbar und vermittelbar, so Steinkrüger. „Als Kommunen unternehmen wir große Anstrengungen für die Mobilitätswende und den Klimaschutz. Teurere Bus- und Bahnpreise sind für dieses Ziel nicht hilfreich.“

Der Preis für die 5er-Sammelkarte – das einzige Ticket-Produkt, über das Mainz und Wiesbaden frei entscheiden dürfen – wird dagegen nicht erhöht. „Die Sammelkarte für Wiesbaden und Mainz bleibt stabil“, so die Zusage von Steinkrüger und Kowol. Die Sammelkarte beinhaltet fünf Fahrscheine für Einzelfahrten im Tarifgebiet Mainz-Wiesbaden, umgerechnet sind Erwachsene damit für 2,30 Euro pro Fahrt unterwegs, Kinder für 1,35 Euro pro Fahrt. Um den Menschen die 5er-Sammelkarte besser zugänglich zu machen, wollen Steinkrüger und Kowol sich dafür einsetzen, dass sie in Zukunft auch digital erworben werden kann.

+++